

## Metzger protestiert gegen "blutigsten" Bush

Franz Becker darf den US-Präsidenten weiter einen "Staatsterroristen" nennen. Der 69-jährige Metzgermeister im Ruhestand hatte in seinem ehemaligen Laden im hessischen Marburg mit Fotos, Zeitungsausschnitten und eigenen Kommentaren versehene Friedensplakate ausgestellt, die von der Polizei beschlagnahmt wurden. Dies berichtete gestern die "Frankfurter Rundschau". Zwei Plakate muss er jedoch nach einem Beschluss des Marburger Amtsgerichts aus dem Schaufenster verbannen: Darauf hatte er George W. Bush als "offensichtlich durchgeknallt" und "blutig" bezeichnet. Den obersten Kriegsherren der USA des Staatsterrorismus zu bezichtigen, sei hingegen angesichts des Irak-Krieges, insbesondere unter Verzicht eines UN-Mandats, durch die politische Meinungsfreiheit gedeckt, erklärte die Gerichtssprecherin. Wenn dies nicht so wäre, "hätten wir ziemlich viele Leute, die wir festnehmen müssten", wird die Richterin von der Zeitung zitiert. Becker hatte übrigens die gesamte Marburger Stadtverordnetenversammlung hinter sich - inklusive der Abgeordneten von der unter Bundespartei-chefin Angela Merkel so USA-treuen CDU.

## EP für leichtere Familienzusammenführung

Die konservativen Fraktionen waren dagegen, dennoch sprach sich das Europaparlament (EP) diese Woche dafür aus, das Recht auf Familienzusammenführung in der Europäischen Union entscheidend auszuweiten. Einer Resolution des EP nach sollen auch Nicht-EU-Staatsangehörige das Recht bekommen, ihre PartnerInnen und Eltern in die EU nachreisen zu lassen. Nicht nur Verheiratete, auch eingetragene Lebensgefährten sollen in den Genuss dieses Privilegs kommen, unabhängig davon, welchen Geschlechts sie sind.

Zudem wollen die Europa-Abgeordnete nicht nur anerkannten Flüchtlinge dieses erweiterte Recht auf Familienzusammenführung zugestehen, sondern auch Personen, die lediglich über einen subsidiären Schutz verfügen. Eine Altersgrenze für Kinder, die nachziehen dürfen, lehnte die Mehrheit der Abgeordneten ab - unter anderem die deutsche Regierung hat sich wiederholt dafür ausgesprochen, dass Kindern über zwölf Jahren die Einreise verweigert werden darf. Die Änderungsvorschläge des Parlaments zum vorliegenden Kommissionsentwurf für die Familienzusammenführung haben für den Ministerrat keine Bindung. Der Rat allein darf über die neue EU-Direktive abstimmen.

## Kursmanipulation in Luxemburg?

Die Luxemburger Dependance des deutschen Fondsanbieter DWS soll einem Bericht des Nachrichtenmagazins "Spiegel" zufolge über Jahre hinweg Wertpapiere in Renten- und vor allem Geldmarktfonds falsch bewertet haben. Unter Berufung auf einen internen Revisionsbericht schrieb das Magazin in seiner Montagsausgabe, es habe bei der DWS, Fondstochter der Deutschen Bank, "keine unabhängigen Kontrollen für die Bewertung von Wertpapierkursen" gegeben. Dank einer "ausgesprochen laxen Finanzaufsicht" und mittels "Tricks" wie das Einrichten von Zweckfirmen und falsches Anpreisen von Anleihen habe der Marktführer der deutschen Fondsbranche die Schwankungen seiner Fonds auf ein Minimum reduziert, so der Spiegel. Die DWS hat den Vorwurf der Kursmanipulation in einer Pressemitteilung zurückgewiesen.

Ein Mitarbeiter der zuständigen luxemburgischen Finanzaufsicht CSSF wies die Journalisten-Kritik an der Arbeit seiner Behörde ebenfalls zurück, räumte allerdings ein, dass Kursmanipulationen durchaus möglich seien. Diese hätten aber keine "großen Schäden" für die Anleger zur Folge gehabt, die Geschichte sei "zum Skandal aufgebaut worden", sagte er gegenüber der woxx. ExpertInnen fordern nun von der Fondsgesellschaft, den internen Revisionsbericht offen zu legen und die Vorwürfe im Einzelnen zu widerlegen.

## NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

# Thinktank oder Laberrunde?

**Elf Jahre nach dem Umweltgipfel von Rio de Janeiro soll Luxemburg nun mit den Institutionen der "Agenda 21" gesegnet werden.**

(roga) – Knapp elf Jahre nach dem Umweltgipfel von Rio ist es nun so weit: Die luxemburgische Regierung wird in Kürze ein Gesetzesprojekt vorlegen, in dem die im Dokument "Agenda 21" der UNCED-Konferenz von Rio im Juni 1992 festgelegten Mechanismen festgeschrieben werden, die den BürgerInnen und gesellschaftlichen Kräften eine aktive Beteiligung an der so genannten nachhaltigen Entwicklung des Landes erlauben sollen.

Bereits im August vergangenen Jahres wollte Umweltminister Charles Goerens einen Gesetzesentwurf mit nach Johannesburg zur Rio-Nachfolgekonferenz nehmen - um zu zeigen, dass er im Gegensatz zu seinen sozialistischen Vorgängern endlich Nägel mit Köpfen machen möchte. Weder Nägel noch Köpfe, sondern nur hohle Phrasen bleiben jedoch vom Johannesburger Auftritt Luxemburgs in Erinnerung.

Bei einem Rundtischgespräch der woxx im vergangenen Oktober sinnierte Goerens noch über eine von der Tagespolitik unabhängige Instanz, die für die Umsetzung der Nachhaltigkeitspolitik zuständig wäre. Darauf hin hatten die Grünen Ende Oktober

eine eigene Gesetzesvorlage präsentiert, die nicht nur ein relativ autonomes "Etablissement public" im Goerensschen Sinne vorsieht, das verantwortlich für die praktische Umsetzung von Nachhaltigkeit wäre. Auch den "Conseil Supérieur du Développement durable" wollten die Grünen mit weit reichenden Kompetenzen bestücken. Unabhängig von der Regierung sollte hier ein ziviles Gegengewicht zur Ministerialbürokratie aufgebaut werden, mit einem eigenen Budget für kritische Studien und einem kontinuierlich arbeitenden, unabhängigen "Observatoire". Dadurch würden zumindest die beratenden Funktionen des regierungsnahen "Conseil Economique et Social" überflüssig werden.

## Konkurrierende Gremien

Dass den Machhabern das grüne Gegenkonzept zu weit geht, überrascht niemanden. Vom partizipativen Innovationspotenzial im Geist von Rio bleibt im Regierungsentwurf, wie er im letzten Ministerrat diskutiert wurde, nicht viel übrig. Immerhin wird es auf Regierungsebene ein "Comité inter départemental" geben, das zum einen das Konzept der nachhaltigen Entwicklung im "mainstream" sämtlicher Ministerien verankert und zum anderen dem Ministerrat Vorschläge für den nationalen Plan für nachhaltige Entwicklung vorlegt. Dabei soll das Umweltministerium das Sekretariat übernehmen. Da dieses Ministerium keine übergreifenden Be-

fugnisse wie das Staatsministerium besitzt, wird der zuständige Beamte für diese Aufgabe nicht gerade zu beneiden sein.

Der "Conseil Supérieur du Développement Durable" wird vom Premier präsiert. Die Minister für Umwelt und Landesplanung sind dabei seine Stellvertreter. Darin dürfen nun sämtliche "forces vives", von Gewerkschaften und Unternehmensverbänden bis hin zu NGOs und Gemeinden, über Nachhaltigkeit debattieren, was das Zeug hält. Eine eigene logistische Struktur erhalten sie aber nicht. Immerhin werden ein Sekretariat und ein Budget für Forschungsaufträge in Aussicht gestellt.

Da gleichzeitig der "Conseil Economique et Social" nicht nur aufrecht erhalten, sondern gar personell und von den Kompetenzen her aufgerüstet wird, kann der Premier parallel auf zwei beratende Strukturen zurückgreifen, die eigentlich ähnlich gelagerte Zielsetzungen haben. Es wird also demnächst zwei konkurrierende Gremien geben, die Impulse für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Orientierung des Landes liefern sollen. Zu den ohnehin nur rund 100 Menschen in diesem Lande, die überhaupt wissen, was solche "Conseils" diskutieren und tun, werden sich also weitere 50 hinzu gesellen, die über nachhaltige Entwicklung im Elfenbeinturm von machtlosen Laberrunden philosophieren - was ganz im Sinne der jeweils Regierenden sein wird.

## REFOULEMENTS

# La grève de la faim n'était pas pour rien

**Le Luxembourg dispose officiellement d'un centre de séjour provisoire pour sans-papiers. Mais l'adresse des personnes retenues reste la même: Schrassig.**

(erguë) - En janvier, la grève de la faim d'une demi-douzaine de personnes en rétention au centre pénitentiaire de Schrassig avait fait la une des journaux. L'arrière-fond de ce "fait divers" avait pourtant été peu élucidé: le fait que depuis quelques mois, le Luxembourg dispose officiellement d'un centre de rétention pour personnes en situation illégale. En effet, c'est seulement à travers cet événement que les parlementaires ont pris note d'un règlement grand-ducal, adopté le 20 septembre 2002 et qui crée un "Centre de séjour provisoire en situation irrégulière".

C'était en fait la réponse du ministre aux voix critiques vis-à-vis de la politique d'incarcération des sans-papiers menée pendant des années. Les personnes interceptées par la police et qui n'étaient pas détentrices d'une autorisation de séjour valable étaient tout simplement envoyées vers Schrassig, le temps que les procédures de refoulement vers leur pays d'origine soient déclenchées. Cette politique fut jugée contraire à la loi sur le séjour des étrangers et d'ailleurs aux droits fondamentaux, et ce non seulement par les associations de soutien aux personnes réfugiées, mais également par le Tribunal administratif. Un exemple tragique des

conséquences possibles de cette approche fut d'ailleurs le suicide en prison d'Odile Mpo-Luana en décembre 1999.

Or, les nouvelles dispositions ne constituent qu'un tout petit pas en avant. Au lieu de créer un foyer autonome à l'extérieur, Luc Frieden a préféré garder le nouveau centre dans les enceintes de la prison. Un étage du nouveau bloc a été dédié à l'accueil des personnes sans-papiers - à la différence près que les portes de leurs cellules sont ouvertes pendant la journée.

## Communication améliorée?

La stricte séparation des sans-papiers d'une part et des détenu-e-s et des prévenu-e-s d'autre part, prévue dans le nouveau règlement, connaît cependant ses limites. C'est ce qu'a dû admettre le ministre de la justice devant la commission juridique. Suite à une lettre du groupe parlementaire des Verts il y avait été invité pour répondre à toute une série de questions. Ainsi, les personnes retenues qui veulent faire du sport ou participer à la promenade journalière, doivent le faire en présence des autres personnes incarcérées. Les femmes retenues sont par ailleurs toujours placées dans le bloc F, étant donné le manque de gar-

des féminines nécessaires pour assurer leur encadrement dans le centre de séjour.

Mais Luc Frieden a également redressé certaines décisions du début, qui avaient d'ailleurs contribué à la frustration des personnes qui entraient en grève de la faim. Ainsi, l'accès au téléphone, très restrictif, a été élargi. Le contact avec les personnes concernées réclamé par les associations d'aide a au moins partiellement été rendu possible: des agents bénévoles peuvent recevoir un agrément du ministre pour visiter des personnes en rétention.

Sur d'autres points, le ministre reste cependant immuable: pas d'accès pour la presse dans des cas comme celui de la grève de la faim, même si cette pratique est appliquée dans d'autres pays de l'Union. Et Luc Frieden ne voit pas non plus la nécessité d'améliorer la communication entre les personnes retenues et son ministère, déclarant encore que la rétention ne dépasserait rarement dix jours. Ce fut pourtant la raison principale de la grève de la faim de janvier: certaines des personnes étaient là depuis plus d'un mois sans être mises au courant sur l'évolution de leur dossier.

Enfin, la question fut posée pourquoi le règlement grand-ducal n'avait pas été présenté pour consultation à la commission avant sa mise en vigueur. Le ministre s'est retranché derrière son droit d'élaborer les règlements grand-ducaux sans la participation de la Chambre. Mais il a laissé entendre également que ce règlement est "évolutif" et qu'il sera encore soumis à certaines adaptations.